



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Kerstin Celina, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Mehr Geld für Pflegekräfte – Neues Tarifsystem in der Pflege**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über das vom Pflegebeauftragten der Staatsregierung, Hermann Imhof, angekündigte neue Tarifsystem in der Pflege zu berichten.

Dabei ist insbesondere zu erläutern:

- ob bereits mit der Gewerkschaft ver.di und den kommunalen Spitzenverbänden über die Inhalte des geplanten Muster-Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst verhandelt wurde;
- wie sich die Initiative des Pflegebeauftragten mit der Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien verträgt;
- welche neuen Standards für die Eingruppierung und Bezahlung von Pflegekräften auf den unterschiedlichen Qualifizierungsniveaus vorgesehen sind;
- welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geplant sind;
- wie die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Aufstiegschancen verbessert werden sollen;
- ob bereits mit den privaten und frei-gemeinnützigen Einrichtungsträgern über die vorgeschlagene Anerkennung eines Muster-Tarifvertrags in Form einer freiwilligen Selbstverpflichtung geredet wurde;
- welche rechtlichen Möglichkeiten die Staatsregierung sieht, auch kirchliche Träger zur Anerkennung eines Tarifvertrags für den Bereich des öffentlichen Diensts zu verpflichten;
- wie die Staatsregierung eine Allgemeinverbindlichkeit des Muster-Tarifvertrags erreichen will, falls eine Einigung auf dem Wege der freiwilligen Selbstverpflichtung scheitern sollte;
- wie die Staatsregierung die Refinanzierung der zusätzlichen Personalkosten absichern will, ohne dass diese über eine Erhöhung der Pflegesätze zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen.

### **Begründung:**

Der Pflegebeauftragte der Staatsregierung, Hermann Imhof, hat am 24. April in Nürnberg die Beseitigung „ungerechter Lohn- und Tarifstrukturen“ für Pflegekräfte gefordert. Imhof will durch die Einführung eines neuen Pflege-Tarifsystems den Pflegeberuf „für viel mehr Menschen attraktiver machen“ und gleichzeitig „für mehr Qualität in der Pflege sorgen.“ Damit soll die gegenwärtig vorherrschende Billigkonkurrenz unter den Heimträgern zu Lasten der Pflegebedürftigen beendet werden.

Imhoff möchte einen zwischen der Gewerkschaft ver.di und den Vertretern des öffentlichen Diensts ausgehandelten Muster-Tarifvertrag für die Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, der bereits im kommenden Jahr in Kraft tritt. Dieser Tarifvertrag soll die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte entscheidend verbessern. Hierzu gehören eine bessere Eingruppierung und Bezahlung der Pflegekräfte, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, bessere Fort- und Weiterbildungsangebote, bessere Aufstiegsmöglichkeiten sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der zunächst für den öffentlichen Dienst ausgehandelte Tarifvertrag soll dann über eine freiwillige Selbstverpflichtung von den privaten und frei-gemeinnützigen Trägern übernommen werden. Sollte der Weg über Selbstverpflichtungserklärungen scheitern, soll der Freistaat den Tarifvertrag als allgemeinverbindlich für den gesamten Pflegesektor erklären. Wir unterstützen dieses Anliegen ausdrücklich.

Die von Hermann Imhoff vorgeschlagene Lösung wirft jedoch grundsätzliche Probleme und Fragen auf. Hier geht es um die Selbstverwaltung in der Pflege, die Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien, die unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen für öffentliche und kirchliche Träger, die Definition verbindlicher Standards für Eingruppierung und Entlohnung, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Muster-Tarifvertrags und nicht zuletzt um eine Refinanzierung der möglicherweise deutlich steigenden Personalkosten, die nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen geht. Die Staatsregierung soll den Weg aufzeigen, wie das von Herrn Imhof angekündigte neue Pflege-Tarifsystem rechtlich in die Tat umgesetzt werden kann.